

Jugendliche ohne Arbeit sind wie Bäume ohne Blätter

Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main

Die biblischen Geschichten, Weisungen und Gleichnisse im Neuen Testament spiegeln unterschwellig das Milieu der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes zur Zeit Jesu. Im Lukasevangelium beispielsweise erwartet ein Weinbauer von dem Feigenbaum, den er in seinem Weinberg gepflanzt hat, dass er nicht nur Blüten treibt, sondern auch Erträge liefert. Aber seine Erwartung wird enttäuscht. So erklärt er dem Gärtner: Jetzt komme ich schon drei Jahre und sehe nach, ob dieser Feigenbaum Früchte trägt, und finde nichts. Hau ihn um! Was soll er weiter dem Boden seine Kraft entziehen?" Der Mitarbeiter erwidert: "Herr, lass ihn dieses Jahr noch stehen, ich will den Boden um ihn herum aufgraben und düngen. Vielleicht trägt er doch noch Früchte, wenn nicht, dann lass ihn umhauen" (Lk 13,6-9). Das Bildmotiv vom guten Baum, der nur gute und niemals schlechte Früchte trägt, und umgekehrt vom schlechten Baum, der keine guten Früchte hervor bringen kann und deswegen umgehauen wird, scheint auch den Verfasser des Matthäusevangeliums stark beeindruckt zu haben (Mt 7,16-20; 12,33; 3,10). Im Volksmund hat sich die Sentenz gebildet: "Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm".

Nicht alles was hinkt, ist ein Vergleich. Jugendliche ohne Arbeit : Bäume ohne Blätter? Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ist keine saisonale Erscheinung - Frühling und Sommer sind nicht in Sicht. Auch das Warten auf den Zeitpunkt, da der Berg der geburtenstarken Jahrgänge abgetragen ist, oder da sich ältere Erwerbstätige nicht mehr gegen jüngere ausspielen lassen und ihre Arbeitsplätze zugunsten von Jugendlichen aufgeben, schafft keine Beruhigung. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann auch nicht als Naturereignis hingenommen werden. Sie ist eine gesellschaftliche Wunde, verursacht durch politische Giftmischerei. Dass Jugendliche im letzten Schuljahr auf die Frage, was sie einmal werden wollen, antworten: "Hartz IV", dass sie von der Schule in die Arbeitslosigkeit fallen und eine Karriere des Arbeitslosengeldbezugs beginnen, dass sie aus der Perspektivlosigkeit straffällig werden, weil das Zusammenspiel von Schul-, Ausbildungs- und Beschäftigungssystem aufgekündigt ist, wird zum größten Risiko gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland.

Zum Glück gibt es Gegengifte. Eines davon ist seit 20 Jahren die Ambulante Straffälligenhilfe "Chance". Eine Initiative, die auf eine zwanzigjährige Arbeit zurückblickt, ist nicht genötigt, ein Jubiläum zu feiern. Der Zeitraum ist im Vergleich mit den 125 Jahren der IG Metall oder den 1000 Jahren des Bistums Bamberg zu eng, um sich selbstgefällig im Sessel zurückzulehnen, von den guten alten Zeiten zu schwärmen oder die großen Leistungen der Vergangenheit zu bestaunen. Folglich verbinden Sie heute zu Recht den festlichen Rahmen mit einer kritischen Reflexion auf die nicht geringer gewordene sondern eher drängende gesellschaftliche Herausforderung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer verheerenden gesellschaftlichen Folgen. Ich will diese Reflexion in drei Schritte gliedern, indem ich erstens die konzeptionellen Erwartungen der Arbeitsgesellschaft an Jugendliche und der Jugendlichen an die Erwerbsarbeit erläutere, zweitens die derzeitigen ökonomischen Bedingungen der Ausbildung und Erwerbsarbeit Jugendlicher kennzeichne, drittens die politischen Reaktionsmuster auf das Ausbildungsdefizit und die Arbeitslosigkeit Jugendlicher darstelle und viertens die meiner Meinung nach wahrnehmbaren Signale einer demokratischen Aneignung des Kapitalismus erläutere.

1. Normativ aufgeladene Erwerbsarbeit

Mit welchem Recht drängt die Gesellschaft Jugendliche in die Erwerbsarbeit? Eine säkulare, epochale Antwort lautet: Arbeit ist ein hoher menschlicher und sozialer Wert. Folglich ist es nicht verwunderlich, wenn Jugendliche hohe Erwartungen an die gesellschaftlich organisierte Arbeit haben. Aber auch die moderne Gesellschaft hegt hohe Erwartungen an Jugendliche, die erwerbstätig sind.

1.1 Wert der Arbeit

Über Arbeit lässt sich nicht wertfrei reden. Der Begriff der Arbeit ist normativ aufgeladen. Martin Luther hat darüber nachgedacht, ein Papst hat ein soziales Rundschreiben darüber geschrieben. Der eine meinte: "Von Arbeit stirbt kein Mensch. Aber durch Müßiggehen kommen die Leute um Leib und Leben. Denn der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen". Papst Johannes Paul II. schrieb 1981: "Die Arbeit ist eine grundlegende Dimension der Existenz des Menschen auf Erden". Weder ein Tier noch eine Maschine können arbeiten. Die personale Dimension steht im Brennpunkt seiner sozialetischen Reflexion über die Arbeit. Ihr Wert richtet sich nicht nach dem Markterfolg, auch nicht nach dem Grad der eingesetzten Technik, sondern danach, dass derjenige, der arbeitet, eine selbstbewusste und autonome Person ist. Die Würde der Arbeit wurzelt in der Würde des Menschen, der die Arbeit leistet. Deshalb ist die menschliche Arbeit auch nicht vergleichbar mit einem am Markt gehandelten Gut, etwa Obst und Gemüse, Autos und Kühlschränken oder Transportleistungen und Wertpapieren. Aus einer christlichen Perspektive lassen sich vier Dimensionen der Arbeit skizzieren: Die Arbeit bietet den Menschen gesellschaftliche Anerkennung, wirtschaftlichen Wohlstand sowie die Darstellung und Entfaltung ihrer selbst. Die Menschen wirken an der Schöpfung Gottes mit, weil Gott sie den Menschen unfertig anvertraut hat, damit sie das halbfertige Werk Gottes durch ihr Denken, Empfinden und Handeln vollenden.

1.2 Erwartungen Jugendlicher an die Erwerbsarbeit

Jugendliche werden auf die Frage, was gute Arbeit sei, vermutlich ebenso antworten wie ihre erwachsenen Kolleginnen und Kollegen. An erster Stelle nennen sie ein festes verlässliches Einkommen sowie einen sicheren unbefristeten Arbeitsplatz. Außerdem soll die Arbeit abwechslungsreich und sinnvoll sein. Sie soll stolz und selbstbewusst machen. Vom Vorgesetzten erwarten sie, dass er sie als Menschen anerkennt und nicht bloß als Kostenfaktor betrachtet, dass er sie nicht in ein Leistungsrennen hineintreibt, sondern ihnen fachlich und beruflich hilft, damit sie selbst Verantwortung übernehmen können, dass er anerkennende Worte findet und konstruktive Kritik anmeldet, dass er Verständnis auch für ihre privaten Probleme aufbringt.

1.3 Erwartungen der Arbeitsgesellschaft an erwerbstätige Jugendliche

Die moderne Arbeitsgesellschaft erwartet von ihren jugendlichen Mitgliedern, dass sie zuerst

ihre eigenen Fähigkeiten aktivieren und ihre Energien mobilisieren, um durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, bevor sie fremde Hilfe in Anspruch nehmen. Gleichzeitig verspricht sie allen Jugendlichen, die zu arbeiten in der Lage und bereit sind, für eine gleiche Chance sinnvoller Arbeit und angemessenen Einkommens zu sorgen, damit sie den gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen. Eine demokratische Gesellschaft verspricht reale Chancengleichheit, nämlich persönliche Behinderungen und gesellschaftliche Diskriminierungen auszugleichen. Die reale Chancengleichheit des Zugangs zur gesellschaftlich organisierten Arbeit ist eine Bringschuld der Gesellschaft. Ihr entspricht das wirtschaftlich-soziale Grundrecht Jugendlicher auf eine sinnvolle Ausbildung und eine existenzsichernde Erwerbsarbeit.

Warum gelingt es nicht, die Erwartungen der Jugendlichen an eine sinnvolle Arbeit und ein angemessenes Einkommen sowie das Versprechen der Arbeitsgesellschaft miteinander in Einklang zu bringen? Welche sozio-ökonomischen Bedingungen schließen Jugendliche von der wirtschaftlichen Einbindung und gesellschaftlichen Beteiligung aus?

2. Jugendliche im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abseits

Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher hat einen neuen Namen: Sie ist gesellschaftlicher Ausschluss. Mit diesem Begriff ist erstens die duale, wirtschaftliche und politische Dimension einer Nicht-Einbindung in die Erwerbsarbeit und einer Nicht-Beteiligung an bürgerlichen Rechten gemeint. Dieser Ausschluss ist eine Folge charakteristischer gesellschaftlicher Bedingungen, die politisch verursacht sind. Zweitens klingt die Dichotomie des "Drinnen" und "Draußen" an. Die Bevölkerungsmehrheit "drinnen" neigt dazu, die Ursache des Ausschlusses dem individuellen Versagen derjenigen, die "draußen" sind, also ihrem mangelnden Ausbildungswillen und Qualifikationsdefizit zuzuschreiben. Tatsächlich sind es die von der Mehrheit bejahten gesellschaftlichen Verhältnisse, also sie selbst, die eine Minderheit der Bevölkerung ausschließen.

2.1 Jugendliche unter Marktbedingungen

Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland war bis in die 1980er Jahre im EU-Vergleich unterdurchschnittlich. Es ist auf das europäische Durchschnittsniveau angestiegen, nachdem die Vorruhestandsregelung aufgehoben wurde. Es hat wohl ein komplementärer Austausch zwischen älteren und jugendlichen Beschäftigten oder Arbeitslosen stattgefunden. Derzeit mehren sich die Signale der Entwarnung. Zum einen habe die Zahl der Erwerbstätigen einen Rekordstand erreicht. Aber die Hälfte der neu geschaffenen Arbeitsverhältnisse sind als atypisch einzustufen, und bei einem Drittel handelt es sich um Teilzeitarbeit. Zum anderen sei im Jahr 2007 auf dem Ausbildungsmarkt ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu erwarten. Aber 50% der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, sind Altbewerber. Der durchschnittliche Ausbildungsbeginn liegt derzeit bei 19,3 Jahren, während er in den 1970er Jahren bei 16 Jahren lag. Eine halbe Million Jugendlicher wird in den Übergangssystemen der Berufsvorbereitung, Berufsgrundbildung, freiwilligen Schuljahre und unbezahlten Praktika aufgefangen. Zwischen der ersten Ausbildungsschwelle und der zweiten Beschäftigungsschwelle wuchert ein Parallel-Universum ohne Verbindung mit dem Ausbildungssystem.

Jugendliche sollen unter Marktbedingungen arbeiten, behaupten marktradikale, wirtschaftsliberale Experten. Denn in einer Marktwirtschaft würden für Arbeit dieselben Gesetze gelten wie für Waren. Arbeit werde nur gekauft, wenn ihr Wert für den Unternehmer höher ist als ihr Preis. Darin dürfe man keine Entwürdigung des Menschen sehen. Warum sollte für Arbeit etwas anderes gelten als für Blumentöpfe, Apfelsinen oder Aluminiumschrott? Gegen Naturgesetze gebe es solchen Widerspruch nicht. Wenn ein Mensch aus dem Fenster springt, falle er mit einer Beschleunigung von 9,81 m/sec und damit genau so schnell wie ein Blumentopf - ohne dass die evangelische Soziallehre das je als entwürdigend angeprangert hätte. Ob der Vergleich zutrifft und die Argumentation stimmt? Sollte es nicht nachdenklich stimmen, dass die Feuerwehr für einen Menschen, nicht jedoch für einen Blumentopf das Sprungtuch aufspannt? Und sind nicht alle Funktionsregeln des Marktes eingebunden in eine rechtliche, gesellschaftliche und moralische Ordnung? Im mittelalterlichen Dorf war der Marktplatz von der Kirche, dem Rathaus, der Schule, dem Krankenhaus und dem Wirtshaus eingerahmt. Ohne diese Einrichtungen hätte kein Markt funktioniert. Deshalb ist auch die Arbeit der Jugendlichen keine Ware. Sie ist zum einen etwas ganz Persönliches, weil sie nicht vom Träger des Arbeitsvermögens abgetrennt werden kann. Und sie ist etwas Notwendiges, weil ein Jugendlicher im Unterschied zum Eigentümer von Geld- und Sachvermögen nicht eine Woche, schon gar nicht ein Jahr lang ohne Ausbildung und Beschäftigung leben kann.

2.2 Jugendliche unter kapitalistischen Marktbedingungen

Selbst den beiden Großkirchen, die im Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland eine bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft beschworen und sich von einer "Marktwirtschaft pur" distanziert haben, kommt eine realistische Bezeichnung des real existierenden Wirtschaftssystems als einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die allenfalls sozial temperiert ist, nicht über die Lippen. Umso notwendiger ist eine nüchterne Einschätzung der Chancen, die sich Jugendlichen unter kapitalistischen Bedingungen bieten, um eine gute Ausbildung und gerechte Beschäftigungsverhältnisse zu finden.

Eine kapitalistische Marktwirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass nur eine Minderheit über das Eigentum an Produktionsmitteln verfügt, und dass diese Minderheit die Wirtschaft in ihrem eigenen Interesse steuert, während die Mehrheit der Bevölkerung als abhängig Beschäftigte ihr Arbeitsvermögen zur profitablen Nutzung auf den so genannten Arbeitsmärkten anbieten. Damit dieses Arbeitsvermögen überhaupt genutzt werden kann, sind sie genötigt, sich einem fremden Willen zu unterwerfen. Kennzeichnend für die moderne kapitalistische Wirtschaft ist der freie Arbeitsvertrag, dessen Inhalt die Verfügung des Arbeitgebers über das Arbeitsvermögen des Arbeitnehmers ist. Diese rechtliche Konstruktion gilt eingeschränkt auch für den Ausbildungsvertrag. Die Verträge kommen zustande, wenn beide Vertragspartner frei zustimmen. Allerdings garantiert die freie Zustimmung zum Vertrag nicht die Gerechtigkeit des Vertragsinhalts. Diese kann nur dann unterstellt werden, wenn die Verhandlungsposition der Vertragspartner annähernd gleich ist. Eine solche Gleichheit kann jedoch für den Regelfall eines individuellen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrags nicht unterstellt werden. Ungleiche Verträge stehen unter dem Verdacht ungerechter Verträge. Folglich besteht die Rolle des Sozialstaats in erster Linie darin, eine Schranke gegen die Vermarktung der Arbeit und der beruflichen Ausbildung zu errichten. Sobald diese sozialstaatliche Intervention brüchig wird, sind faire Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse für Jugendliche nicht garantiert.

2.3 Jugendliche unter Bedingungen des Finanzkapitalismus

Das Bemühen, Jugendliche in Ausbildung und Arbeit zu bringen, wird meiner Meinung nach durch die "monetäre Revolution" durchkreuzt. Der Geldkreislauf hat sich tendenziell vom Güterkreislauf abgelöst. Dieser Prozess hat sich in drei Schüben vollzogen.

1973 wurde das Bretton-Woods-Währungssystem aufgekündigt. Die bislang festen, aber anpassungsfähigen Wechselkurse konnten frei schwanken. Die unmittelbaren Folgen waren eine massive Abwertung des US-\$, eine drastische Erhöhung der Rohölpreise, eine gewaltige Umschichtung der Einkommensverhältnisse, riesige Finanzströme sowie ein explosiver Anstieg der Finanzgeschäfte und der Finanzunternehmen. Die mittelbaren Folgen waren eine Privatisierung des Wechselkursrisikos, eine Verschiebung der Finanzgeschäfte von den Kreditbeziehungen zu den Wertpapiermärkten, die Dominanz kurzfristiger und subjektiver Erwartungen, dadurch ausgelöste Schwankungen der Börsenkurse, spekulative Attacken gegen schwache Währungen, die dann Kurseinbrüche auf den Devisen-, Geld- und Kapitalmärkten sowie Banken- und Währungskrisen auslösten.

In der Nachkriegszeit hatte das Geld für breite Bevölkerungsschichten nur eine einzige Funktion, nämlich den Gütertausch zu ermöglichen und zu erleichtern. Mit steigenden Einkommen und Vermögen erhält die zweite Geldfunktion für Wohlhabende ein größeres Gewicht, nämlich Vermögensgegenstand und Wertspeicher zu sein. Geld konkurriert mit anderen Vermögensarten, etwa Grund und Boden, Gebäuden, Fabrikanlagen und Wertpapieren und wird gegen sie bei Bedarf getauscht, um ein differenziertes und profitables Portfolio zu halten. Dass der Wert der Geldvermögen nicht sinkt, wird zum leitenden Interesse wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger.

Der Umstellung der betriebswirtschaftlichen Kalkulation von der Mengenrechnung (Tonnen von Kohle und Stahl) zur Wertrechnung, nämlich der Saldierung von Aufwand und Ertrag, folgte eine weitere Stufe, nämlich die Finanzrechnung. Das erfolgreiche Unternehmen wird nicht mehr durch seinen Markterfolg definiert, indem es Kundenwünsche befriedigt oder qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt, sondern ausschließlich durch seine Zahlungsfähigkeit. Der Saldo der Zahlungsströme muss positiv sein, damit das Unternehmen seine Zahlungsverpflichtungen jederzeit begleichen kann. Es interessieren jedoch nicht die Zahlungsströme der Vergangenheit oder der Gegenwart, sondern die der Zukunft. Indem man die in der Zukunft erwarteten Zahlungsströme auf die Gegenwart abdiskontiert, gewinnt man den "shareholder value", der sich angeblich im Börsenkurs spiegelt. Er muss für jedes Segment eines Unternehmens maximiert werden. So wird das Unternehmen zur Vermögensmasse in den Händen der Aktionäre. Die Manager haben ausschließlich deren Interessen zu bedienen, nicht die der Belegschaft oder kompetent ausgebildeter Jugendlicher. Damit wird ein Teufelskreis wechselseitiger subjektiver und kurzfristiger Erwartungen aufgebaut, der sich regelmäßig in abrupt wechselnden Stimmungen, hektischen Gerüchten sowie irrationalem Nachahmungs- und Herdenverhalten entlädt.

2.4 Jugendliche unter den Bedingungen des patriarchalen Kapitalismus

Die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ist ein besonderes gesellschaftliches Risiko kapitalistischer Marktwirtschaften, das in der Arbeiterbewegung häufig als Nebenwiderspruch

verhandelt und gegen den Hauptwiderspruch, nämlich den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit abgegrenzt wird. In einer ganzheitlichen Sicht lassen sich das Risiko abhängiger Erwerbsarbeit und das Geschlechterrisiko als komplementäre Dimensionen kapitalistischer Machtverhältnisse deuten. Das kapitalistische Unternehmen ist erstrangig an einem voll verfügbaren Arbeitsvermögen interessiert, das acht bis zehn Stunden täglich, mehr oder weniger kontinuierlich in der Woche und die größte Zeit seines Lebens als vollzeiterwerbstätiger Mann dem Zugriff des Arbeitgebers ausgesetzt ist. Die gesellschaftlichen Vorleistungen der Wiederherstellung des männlichen Arbeitsvermögens und der Bereitstellung zukünftigen Arbeitsvermögens in der Person von Kindern und Jugendlichen wird den Frauen zugewiesen und zum Nulltarif bzw. mehr oder weniger unentgeltlich in Anspruch genommen. Eine solche sexistische Arbeitsteilung hat der Kapitalismus nicht erfunden, sondern aus der patriarchalen Gesellschaft übernommen. Allerdings hat er sie zum einen in der räumlichen Trennung des Wohnorts vom Produktionsort und zum anderen im Dualismus so genannter Männer- und Frauenberufe verschärft bzw. im Dualismus der Ausbildungsberufe für junge Frauen und Männer verfestigt.

3. Politische Reaktionen auf die sozio-ökonomischen Risiken Jugendlicher

Wie reagiert die politische Klasse auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken, mit denen Jugendliche in der Ausbildung und Erwerbsarbeit konfrontiert sind? Eine Reaktion ist der Mikroblick tendenzieller Individualisierung gesellschaftlicher Risiken. Eine weitere ist die Deformation der solidarischen Sicherungssysteme. Die dritte besteht im tendenziellen Umbau des Sozialstaats in einen so genannten Wettbewerbsstaat und die vierte in der unterschwelligem Transformation des Rechtsstaats in einen so genannten Sicherheitsstaat.

3.1 Mikroblick

Die staatlichen Organe haben sich weithin die Parolen jener öffentlichen Kampagnen zu eigen gemacht, die von bürgerlichen Eliten als angemessene Antwort auf die wirtschaftliche Krise inszeniert waren, dass man auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen solle, dass der schlanke Staat der beste aller möglichen Staaten sei, und dass im Brennpunkt einer vernünftigen Wirtschaftspolitik der Kampf gegen die Inflation liege. Für diese Kampagnen kennzeichnend ist der Mikroblick in drei Varianten.

Erstens wird die Beschäftigungs- und Ausbildungskrise auf das individuelle Versagen der Jugendlichen zurückgeführt - auf den fehlenden Ausbildungswillen und die fehlende Ausbildungsfähigkeit. Dabei klingt es nicht plausibel, wenn den Jugendlichen von heute nachgesagt wird, dass sie weniger begabt seien als die Jugendlichen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sind Jugendliche nicht zu Recht resigniert, wenn sie auf hundert Bewerbungen entweder keine Antwort oder nur Absagen bekommen? Eine weitere Fehldiagnose besteht in einem falschen Umkehrschluss. Aus der Tatsache, dass Nicht- oder Geringqualifizierte einem hohen Beschäftigungsrisiko ausgesetzt sind, wird gefolgert, eine höhere Bildung steigere die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden. Selbst wenn diese Erwartung individuell zutrifft, wird sie kollektiv enttäuscht. Denn ein Rattenrennen der höher Qualifizierten um die knappen, nicht vermehrten Arbeitsplätze treibt diese in einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb. Desorientierte Jugendliche, über die Arbeitgeber,

Pädagogen und Eltern klagen, sind der Spiegel einer desorientierten Gesellschaft. Die es über mehr als ein Vierteljahrhundert zulässt, dass Jugendliche wirtschaftlich nicht eingebunden und am gesellschaftlichen Leben nicht beteiligt werden.

Die politisch Verantwortlichen haben sich zweitens auf die rein betriebs- und einzelwirtschaftliche Perspektive eingelassen und für die Unternehmen den roten Teppich ausgerollt: Was für Daimler oder Siemens vorteilhaft ist, sei gut für Deutschland, behaupten sie. Sie haben die Erwartung gehegt und danach entschieden, dass Lohnverzicht, Steuersenkung, Mehrarbeit ohne Lohnausgleich und die Kürzung von Sozialleistungen mehr Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum erzeugen werde.

Die politische Klasse ist drittens der Propaganda bürgerlicher Eliten und wissenschaftlicher Experten nachgelaufen, dass der Arbeitsmarkt die Stellgröße der Krise und des Auswegs aus der Krise sei. Die Arbeitslosigkeit sei in erster Linie verursacht durch den starren Kündigungsschutz, das Tarifkartell, das Vereinbarungen auf Kosten der Arbeitslosen treffe, sowie das überzogene Anspruchsdenken der Beschäftigten. Folglich wurde seit dem Lambsdorff-Tietmeyer Papier von 1982 wiederholt verlangt, den Kündigungsschutz zu lockern, über Löhne und Arbeitsbedingungen auf Betriebsebene zu verhandeln, die Sozialbeiträge zu senken, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abzuschaffen und auch einkommensschwachen Haushalten mehr private Risikovorsorge zuzumuten.

3.2 Deformation der Solidarität

Die rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Schröder hat die systemsprengende Deformation der solidarischen Sicherungssysteme veranlasst, indem sie gesellschaftliche Risiken, für die die Individuen nicht verantwortlich gemacht werden können, tendenziell individualisiert, die solidarischen Sicherungen tendenziell privatisiert und damit wirtschaftlich-soziale Grundrechte tendenziell kommerzialisiert haben. Eine solche Politik, die Wohlhabende schont und auf die unteren Bevölkerungsgruppen Druck ausübt, ist vielleicht nicht mutwillig betrieben worden. Auf jeden Fall war sie fahrlässig, weil die Armutrisikoquote inzwischen merklich gestiegen ist, die Abwärtsspirale der Verarmung und Entrechtung unter den Langzeitarbeitslosen sich beschleunigt und ein Klima der Einschüchterung im Niedriglohnsektor und in der Bevölkerung des unteren Einkommensbereichs um sich greift.

"Hartz IV" ist im Bewusstsein breiter Bevölkerungsgruppen zum Synonym missratener Sozial- und Arbeitsmarktpolitik geworden, zum "Symbol für den Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt". Die gesetzlichen Regelungen orientieren sich an einem Reiz-Reaktions-Mechanismus, der positiv oder negativ die finanziellen und psychischen Einstellungen Jugendlicher steuert, damit sie passende, beschäftigungsfähige, verfügbare und nützliche Marktsubjekte werden. Garniert mit einer Rhetorik der Eigenverantwortung wird eine Pädagogik des Zwangs, der Sanktion und des Leistungsentzugs etabliert. Die Zusammenlegung zweier Rechts- und Regelkreise beseitigt nicht die Widersprüche eines Zweiklassensystems der Arbeitsmarktpolitik, insofern beitragsfinanzierte Versicherungsleistungen (die frühere Arbeitslosenhilfe), die der Arbeitsverwaltung zugeordnet sind, und steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen (die frühere allgemeine Hilfe zum Lebensunterhalt), die zum Bereich der Kommunalverwaltung gehören, nur unter großen Reibungsverlusten zusammengelegt werden konnten. Die Segmentierung der "Kunden" folgt nicht pädagogischen, sondern betriebswirtschaftlichen Kriterien. Die

Fallmanager, die gemäß dem individuellen Hilfebedarf und passgenau "fordern und fördern" sollen, sind überfordert, weil sie zugleich Sozialarbeiter oder Pädagogen und Vertreter einer sanktionsbewehrten Behörde sind. Zielvereinbarungen auf gleicher Augenhöhe sind demnach eine Farce. Es hat den Anschein, als sei das projektierte Jahrhundertwerk gescheitert. Die Erfolgsmeldungen erweisen sich als eine der großen politischen Erzählungen. Von den im ersten Halbjahr 2007 registrierten Abgängen aus der Arbeitslosigkeit ist ein Drittel mit unbekanntem Verbleib abgetaucht, ein Drittel ist in eine Erwerbstätigkeit gewechselt, davon allerdings nur ein Fünftel in ein reguläres Arbeitsverhältnis und zwei Fünftel in 1 €-Jobs, die als die erfolgreichste Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik deklariert werden. Hartz IV hat die Lage allein erziehender Frauen verschärft, die Arbeit suchen, Kinder versorgen und allein entscheiden müssen. Die Einmalzahlungen für Kinder, Haushalts- oder Schulausstattung sind gestrichen, eine Regelleistung von 200 € für ein Kind und der errechnete Satz von 3,42 € für das tägliche Essen und Trinken eines 3jährigen oder 14jährigen Kindes verhindern eine ausgewogene Ernährung. Die mehrfach ausgesetzten und begrenzten Anpassungen der staatlichen Regelsätze orientieren sich an den Ausgaben des unteren Fünftels der nach dem Nettoeinkommen gruppierten Ein-Personen-Haushalte, werden jedoch mit undurchsichtigen und willkürlichen Abschlägen versehen. Der "Eckregelsatz" spiegelt nicht das Bedarfsniveau der Haushalte mit Kindern und das veränderte Verbrauchsverhalten. Die dynamische Anpassung an die Lebenshaltungskosten wird verweigert, die Zuzahlungen für Gesundheitsdienste müssen aus dem Regelsatz bestritten werden. Das politische Ziel war offensichtlich nicht, eine Grundsicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums zu verankern, sondern die öffentlichen Haushalte zu schonen. Die administrative Durchführung der Hartz IV-Beschlüsse erzeugt Wut und Resignation bei vielen Betroffenen und beschäftigt zahlreiche Gerichte. Aggressiven Fallmanagern werden Amtsmissbrauch und Rechtsbruch vorgeworfen, etwa wenn die Bedürftigen durch Callzentren befragt oder durch den Außendienst überprüft werden, wenn man sie zum Wohnungswechsel auffordert, wenn die Beweislast eheähnlicher Partnerschaften umgekehrt oder die Heizkostenpauschale willkürlich festgelegt wird. Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaften verschärft in der Realität die familiären Abhängigkeitsverhältnisse. Eingliederungsvereinbarungen werden schikanös, unter Einsatz von Druck und struktureller Gewalt erzwungen. Arbeit suchende Jugendliche sollen telefonisch erreichbar sein und ihren Aufenthalt nicht wechseln, ohne die Agentur zu informieren. Sie stehen praktisch unter zeitweiligem Hausarrest. Scharfe Kritik wird schließlich an der Verletzung der Datenschutzbestimmungen geübt. Die Anträge fragen unzulässig sensible gesundheitliche, familiäre und finanzielle Daten ab. Die Erhebung bei der Beweislastumkehr eheähnlicher Partnerschaften, die einem Urteil des Verfassungsgerichts widerspricht, ist exzessiv. Die als Hausbesuche deklarierten, sanktionsbewehrten Wohnungskontrollen verletzen ein Grundrecht. Der automatisierte Datenabgleich ist mit dem gesetzlichen Datenschutz nicht vereinbar. Indem die Arbeitsagenturen fordern, ohne zu fördern, tragen sie dazu bei, dass an der Nahtstelle der Einbindung in die Erwerbsarbeit und der Garantie wirtschaftlich sozialer Grundrechte die Betroffenen gleichzeitig als Erwerbspersonen und als Staatsbürgerinnen verwundet werden.

3.3 Wettbewerbsstaat

In der pluralistischen Klassengesellschaft hat sich ein unübersichtliches, relativ geschlossenes Beziehungsnetz der Eliteklasse gebildet, dessen Knoten aus politischen Funktionsträgern, aus hochrangigen Führungskräften in Industrie- und Finanzkonzernen und aus wissenschaftlichen Experten bestehen. Der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer

meinte, die Finanzmärkte seien quasi die fünfte Gewalt in der Demokratie, weil sie sensibler als vierjährige Parlamentswahlen nationale Regierungen prüfen, ob sie vernünftige wirtschaftspolitische Entscheidungen treffen, etwa die Lohnentwicklung moderat halten, Steuersätze senken, Sozialbeiträge begrenzen und die Umverteilung der Einkommen und Vermögen möglichst gering halten. Kritische Intellektuelle bezeichnen eine solche Konstellation als "postdemokratisches Regieren gegen das Volk". Diese zugespitzte Formel bündelt verstreute Beobachtungen: Nationale Regierungen wirken wie Getriebene wirtschaftlicher und finanzieller Interessen, um beispielsweise die Rohstoffversorgung des Landes zu sichern und den nationalen Standort im rauen Wind des globalen Marktes wettbewerbsfähig zu halten. Unter dem Vorwand unausweichlicher Reformen mutiert der Sozialstaat in einen "Wettbewerbsstaat", die politische Klasse gebärdet sich als "Territoriumsunternehmer", dessen Aufgabe darin besteht, das Arbeitsvermögen der Bevölkerung so zu veredeln, dass diese aus dem globalen Wettlauf als Siegerin hervorgeht. Besessen von dem marktradikalen, wirtschaftsliberalen Aberglauben, dass sozialstaatliche, solidarische und umlagefinanzierte Regime zu teuer, auf Dauer nicht finanzierbar und fehlgelenkt seien, verlangen Spitzenpolitiker "mehr Markt" beispielsweise im Gesundheits- und Sozialwesen oder in der Jugendhilfe. Sie privatisieren öffentliche Einrichtungen und Dienste. Gemeinnützige Wohlfahrtsverbände und kommunale Krankenhäuser werden dem Spiel eines im hohen Grad weltanschaulich und politisch besetzten "Marktes" und einer betriebswirtschaftlichen Kalkulation unterworfen, deren vermeintliche Effizienz mit Leistungsdefiziten, miserablen Arbeitsbedingungen und einer Verletzung des Berufsethos medizinischer, therapeutischer und sozialpädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkaufte wird. Der Leistungswille einer orientierungslosen, schwach motivierten Bevölkerung soll gefordert und gefördert werden. Frauenförderung wird auf eine Arbeitsmarkt-, Familien- und Bevölkerungspolitik umgestellt, die mehr talentierte und leistungswillige Kinder erzeugen soll. Gewählte Volksvertreter verlagern zentrale Bestandteile ihres Mandats in Kommissionen und Experten, berufen Beauftragte und installieren runde Tische. Von den Konzernen wird ein beschleunigtes Tempo politischer Entscheidungsprozesse, ein effizientes "Durchregieren" eingefordert. Einem solchen Anliegen steht eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Basis oft nur im Weg. Folglich werden Formen direkter Demokratie systematisch zurück gedrängt. In bürgerlich-konservativen Milieus kursieren Überlegungen, einen Rat von Weisen jenseits des demokratischen Regelwerks zu etablieren, weil der Parteienstreit zeitaufwendig und die parlamentarischen Debatten langatmig seien. Gleichzeitig wächst die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die den Wahlen fern bleiben.

3.4 Sicherheitsstaat

Mit dem tendenziellen Umbau des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat ist ein tendenzieller Umbau des Rechtsstaats in einen so genannten Sicherheitsstaat zu beobachten, der die politische Entrechtung wirtschaftlich ausgegrenzter Jugendlicher zu verschärfen droht.

Mehr als zehn Jahre nach dem säkularen Ereignis des Zusammenbruchs der zentralen Kommandowirtschaft und der um eine Partei zentrierten staatlichen Gewalt im real existierenden Sozialismus, da sich der Traum einer Versöhnung von persönlicher Freiheit und materiellem Wohlstand, von Demokratie und Kapitalismus weltweit auszubreiten begann, hat der terroristische Angriff des 11. September 2001 die Wahrnehmung und das Selbstverständnis der US-amerikanischen Bevölkerung dramatisch verändert. Ihr bisher durch die großen

Ozeane geschütztes Heimatland hat sich als verwundbar erwiesen. Diese nationale Bedrohung wurde in der Folgezeit nicht als krimineller Akt, sondern als Kriegserklärung gedeutet, die ein energisches militärisches Vorgehen im Ausland und eine erhöhte Wachsamkeit im Inland verlange. Im Krieg gegen einen international operierenden terroristischen Gegner wurden Kollateralschäden im Inland hingenommen, etwa die politische Machtverschiebung zugunsten der Exekutive, nämlich des Präsidenten als Obersten Befehlshabers und zu Lasten des Kongresses und der Justiz sowie einer erheblichen Einschränkung individueller Grundrechte.

Das emotionale Sicherheits- und Schutzbedürfnis einer terrorisierten US-amerikanischen Öffentlichkeit hat inzwischen die politische Klasse in Deutschland voll erfasst und die innere Sicherheit zu einem vorrangigen Thema der parteipolitischen Debatte und insbesondere des 2007 beschlossenen Grundsatzprogramms der CDU werden lassen. Die Spitzenvertreter beider Parteien der Großen Koalition neigen derzeit dazu, aus spektakulären Vorfällen einen schillernden Erregungsbogen von der terroristischen Bedrohung über die internationale organisierte Kriminalität bis zur Straffälligkeit ausländischer Jugendlicher zu knüpfen. Grundsätzlich lassen sich das politische Programm der inneren Sicherheit und die Rolle des Sicherheitsstaates so charakterisieren: Der Staat soll die Bürgerinnen und Bürger schützen, indem er - unabhängig von einem Straftatverdacht oder einer konkreten Gefahr - Verbrechen bekämpft, bevor sie begangen werden, anstatt die Täter zu bestrafen, nachdem sie Schaden angerichtet haben. Ein solches Mandat klingt logisch, verwischt jedoch die Unterscheidung zwischen präventiver Verbrechensbekämpfung und Maßnahmen gegen potentielle Straftäter. Präventive Verbrechensbekämpfung kann darin bestehen, dass das Sozialgefüge und die wirtschaftlichen Bedingungen verbessert, Konfliktpotentiale abgebaut, die Aufklärung und pädagogische Begleitung Jugendlicher intensiviert sowie Begegnungsorte und Kontaktstellen für Jugendliche eingerichtet oder zumindest aufrechterhalten werden. Außerdem können die direkten Kosten für Straftäter durch Sicherungsanlagen und Objektschutz erhöht werden sowie die Folgekosten für diese durch eine effiziente polizeiliche Aufklärung der Straftaten. Eine solche Prävention ist grundsätzlich anders zu beurteilen als beispielsweise eine verdeckte Ermittlung, eine schrankenlose private und öffentliche Videoüberwachung, die Sammlung persönlicher Daten aus verdächtigen Milieus, Raster- und Schleierfahndung, großer und kleiner Lauschangriff, die Provokation einer Straftat durch Ermittler bzw. deren Beteiligung daran.

Dass die staatlich zu verbürgende Sicherheit von den Parteien der großen Koalition derart ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt wird, - und zwar zu Lasten individueller Freiheitsrechte, die für jeden Menschen gelten und nicht vom Urteil der Regierung abhängen, wer diese Rechte "verdient", - kritisiert beispielsweise der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte als Anzeichen eines tendenziellen Umbaus zum Sicherheitsstaat. Insbesondere identifiziert er konkrete gesetzliche Bestimmungen, die eine solche Tendenz belegen. Bereits 2001 wurde eine so genannte Gewalttäter-Datei eingerichtet, die verdächtige Personen erfasst, denen auf Grund bestimmter Tatsachen politisch links motivierte Straftaten zugetraut werden können. Sie ist nach dem Muster der Gewalttäterdatei "Sport" (Hooligan-Datei) konstruiert, die es seit 2000 gibt. Der Kurzbesuch des US-amerikanischen Präsidenten in Mainz 2005 hat die Stadt quasi in einen Ausnahmezustand versetzt. Autobahnen wurden gesperrt, Züge, Flugzeuge und Schiffe wurden angehalten. Scharfschützen auf Balkonen und Hausdächern, Kampffjets und Kampfhubschrauber der Bundeswehr sowie tausend versiegelte Kanaldeckel haben die Sicherheitstechnik getestet, die für den Bush-Besuch und Gipfel in

Heiligendamm vorbildlich wurde. Eine beispiellose innere Aufrüstung erfolgte während der Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006: Eintrittskarten wurden mit Überwachungschips belegt, Bedienstete einer geheimdienstlichen Sicherheitsüberprüfung unterzogen, Aufklärungsflugzeuge (die beim G-8 Gipfel in Heiligendamm wieder zum Einsatz kamen), überzogen den Luftraum und die Videoüberwachung in Stadien und Stadtzentren wurde verdichtet. Seit 2005 bzw. 2007 gibt es den elektronischen europäischen Reisepass mit den biometrischen Merkmalen des Gesichts und zweier Fingerabdrücke. Im Januar 2008 trat das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft, gegen das bereits Verfassungsklage erhoben worden ist. Dadurch werden Telefonverbindungen, der Verbindungsaufbau mit dem Internet, der e-mail-Verkehr sowie Fax- und SMS-Nachrichten für sechs Monate gespeichert, ohne dass ein Anfangsverdacht besteht oder eine konkrete Gefahr droht. Auf der lokalen und regionalen Ebene überlagert das politisch aufgeheizte Sicherheitsregime sozial- und arbeitsmarktorientierte Bemühungen. Gruppen von Arbeitslosen, Ausländern und gesellschaftlich Ausgegrenzten werden als Gefahrenherde und als mögliche Straftäter stigmatisiert. Die durch vertikale Ungleichheiten bestimmte Segregation von Stadtteilen nimmt zu. Wohnquartiere Wohlhabender werden eingefriedet und überwacht. Unter dem Deckmantel der Gefahrenabwehr werden öffentliche Räume von Bettlern, Obdachlosen und Drogenabhängigen gesäubert. Private Sicherheitskräfte, die an hoheitlichen Aufgaben des Staates beteiligt werden, gehen vehement gegen unerwünschte Jugendliche vor. In einem solchen Klima politisch geschürter Angst und überzogener Sicherheitsversprechen setzte Roland Koch zu einer Punktlandung im Hessischen Landeswahlkampf an, als er nach einem brutalen Überfall zweier ausländischer Jugendlicher auf einen deutschen Rentner in München eine schnellere Abschiebung straffälliger Ausländer forderte, die nicht alle hier bleiben müssten. Der Staat habe jugendlichen Straftätern klar zu signalisieren, dass er sie aus dem Verkehr ziehe. Frau Merkel setzte sich dafür ein, das Jugendstrafrecht zu verschärfen, und meinte gar, man müsse über Fahrverbote, Erziehungscamps und einen Warnschussarrest reden. Juristen und Kriminologen, die sich auskennen, stehen solchen abschreckenden Trommelwirbeln aus wahltaktischer Berechnung skeptisch gegenüber, weil sich andere, nämlich sozialpädagogische Konzepte weitaus mehr bewährt haben als schärfere Haftstrafen und eilige Abschiebungen. Deshalb ist zu wünschen, dass die Parteien ihre politische Energie von den Instrumenten der inneren Sicherheit ablenken und darauf konzentrieren, wie sie Jugendlichen eine anerkannte Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensperspektive bieten können, die sie wirtschaftlich, politisch und kulturell in eine demokratische Gesellschaft integriert.

4. Signale einer demokratischen Aneignung des Kapitalismus

Entgegen dem unmittelbaren Augenschein, der Jugendliche resignieren lässt und perspektlos macht, sind Signale einer gesellschaftlichen Klimaveränderung erkennbar.

Bei dem zivilgesellschaftlichen Bemühen, Jugendliche in Arbeit zu bringen, sind zwei gleichrangige Dimensionen zu unterscheiden: erstens die direkte Hilfe, die den unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen geboten wird, damit sie eine Ausbildungsstelle und einen Arbeitsplatz finden, und zweitens die indirekte Hilfestellung, die individuell und gesellschaftlich die politischen Veränderungen im Licht positiver Erwartungen deutet. Der aufmerksame Blick auf einen solchen politischen Klimawandel kann die seelischen und gesellschaftlichen Wunden junger Menschen heilen, sie aufrichten und zum aufrechten Gang ermutigen. Für eine solche indirekte Hilfestellung möchte ich einige, zweifellos sehr subjektive

Hinweise geben.

4.1 Rückkehr der Gerechtigkeitsfrage

Zu Beginn des Jahrhunderts haben die Parteien eine Gerechtigkeitsdebatte angestoßen, dass die Bevölkerung sich von der Verteilungsgerechtigkeit verabschieden müsse, die bloß an der Umverteilung materieller Güter orientiert sei und den Sozialstaat überfordere. Die neuen Namen für Gerechtigkeit seien Chancengleichheit und Leistungs- oder Marktgleichheit. Diese Debatte diene dazu, die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen normativ abzufedern. Inzwischen hat die politische Klasse mit ihren angeblichen Reformen bewirkt, dass die ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen größer geworden ist und die Schere zwischen denen, die an dem wachsenden Reichtum beteiligt und denen, die davon ausgeschlossen sind, sich geweitet hat.

Eine Mehrheit der Bevölkerung merkt, dass der Verzicht und die Bescheidenheit der einen bloß die Ansprüche und Gewinne der anderen vergrößert hat, dass nicht alle am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden, und dass nicht nur der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit sondern auch der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit verletzt werden. Eine renommierte Wochenzeitung widmete im vergangenen Herbst drei große Seiten dem Thema: "Was ist gerecht?" Ist es gerecht, wenn Topmanager das Dreihundertfache dessen verdienen, was ein durchschnittlicher Arbeiter verdient? Ist es gerecht, wenn Leute 40 Jahre lang schwer arbeiten müssen, während andere vom Erbe ihrer Familie leben? Ist es gerecht, dass Angehörige der Kernbelegschaft die gleiche Arbeit verrichten wie Angestellte einer Leiharbeitsfirma, aber unterschiedlich dafür entlohnt werden? Die aktuelle Empörung über den Abstand zwischen den Spitzgehältern gieriger Manager und den Löhnen prekär Beschäftigter, die unter der Armutsgrenze liegen, signalisiert eine nicht nur gespürte, sondern reale Gerechtigkeitslücke, die an der Ungleichheit der Chancen, eine sinnvolle Ausbildung, einen sicheren Arbeitsplatz und ein angemessenes Einkommen zu finden, abgelesen wird.

Gerechtigkeit wird als eine Erstvermutung der Gleichheit wiederentdeckt. Um dem Einwand zu begegnen, dass Menschen hinsichtlich ihrer Talente und Energiepotentiale doch verschieden seien, ist zu betonen, dass Gleichheit nicht Identität bedeutet. Zwillinge sind gleich, aber nicht identisch. Es geht um eine verhältnismäßige Gleichheit. Menschen sind gleich hinsichtlich bestimmter (technischer oder musischer) Talente, der Hautfarbe, der Zugehörigkeit zu einer Familie. "Gleiches soll gleich, Ungleiches ungleich behandelt werden", oder: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" - diese Formeln drücken die verhältnismäßige Gleichheit aus. Was ist nun der Bezugspunkt der Gleichheit? In traditionellen Gesellschaften waren es das persönliche Verdienst, die gesellschaftliche Aufgabe oder die Funktion in einer wohlgeordneten Stadt. Seit der Neuzeit ist der Bezugspunkt der Gleichheit die menschliche Person, das individuelle Subjekt. Die Mitglieder anerkennen und behandeln sich wechselseitig als Gleiche, ausgestattet mit gleicher Personwürde. Die erste Frage der Gerechtigkeit lässt sich auch so stellen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse vor denen gerechtfertigt werden müssen, die in der Gesellschaft am wenigsten begünstigt, also relativ schlecht gestellt sind. Eine solche Grundnorm der Gerechtigkeit entspricht der biblischen Option für die Armen, Schwachen und Ausgegrenzten.

4.2 Zeitalter des Arbeitsvermögens

Der französische Wirtschaftswissenschaftler Daniel Cohen hat behauptet, dass reife Industrieländer an der Schwelle zum Zeitalter des Arbeitsvermögens stehen. Zusätzliche Märkte und Beschäftigungsfelder würden nicht mehr im Export, in der Industrie oder in den Konzernen erschlossen, sondern in der Arbeit an den Menschen, in personennahen Dienstleistungen, etwa in den Bereichen der Gesundheit, Bildung, Freizeit und Kultur. Diese Dienste haben besondere Merkmale: Sie entstehen in der persönlichen Kooperation derjenigen, die sie in Anspruch nehmen, und derer, die sie anbieten. Beide Partner müssen sich aufeinander einlassen und voneinander lernen. Nur so wird ein Ergebnis erreicht, etwa ein aufrechter Gang, eine eigenständige Lebensführung oder eine Änderung des Lebensstils. Sie setzen andere Kompetenzen voraus - nicht die in der industriellen Konsumgesellschaft verlangten, nämlich das Wiegen, Zählen, Messen, sondern die des Helfens, Heilens, Pflegens, Beratens, Begleitens, und Spielens. Wenn die Zukunft der Arbeit die Arbeit an den Menschen ist, wird sich die eingespielte betriebswirtschaftliche Logik, die darin besteht, dass die menschliche Arbeit als reiner Kostenfaktor betrachtet wird, dessen Nutzung möglichst niedrig zu entlohnen ist, verändern. In der kulturellen Dienstleistungsgesellschaft ist das Arbeitsvermögen, nicht das Geldvermögen, das für Investitionszwecke zur Verfügung steht, die kostbarste Ressource eines Unternehmens. Folglich wird die Nutzung des Arbeitsvermögens nicht bloß mit dem Lohn abgegolten. Wie der fortwährende Verschleiß des genutzten Kapitals durch Nettoinvestitionen aufgehalten wird, so verhindern Nettoinvestitionen in das Arbeitsvermögen dessen endgültigen Verschleiß. Folglich steht den Belegschaften ein Anteil an der Wertschöpfung des Unternehmens für Nettoinvestitionen in das Arbeitsvermögen zu, der das bisher zugestandene Lohnniveau übersteigt. Nun hat ein erheblicher Teil der personennahen Dienste in einer demokratischen Gesellschaft Grundrechtscharakter. Das Recht auf gleichen Zugang zu bestimmten Bildungs- und Gesundheitsgütern gilt für jedes Mitglied der Gesellschaft. Deshalb ist es angemessen, dass solche Güter öffentlich bereitgestellt werden oder deren Bereitstellung öffentlich organisiert wird.

4.3 Öffentliche Güter

Das hektische Fieber der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen scheint nach den ernüchternden Erfahrungen, die nach der Zerschlagung und Privatisierung der Post gewonnen wurden, mehr oder weniger abzuklingen. Denn das große Versprechen, dass der Rückzug des Staates aus der allgemeinen Daseinsvorsorge, nämlich der Bereitstellung von Gütern, die allen unabhängig von ihrer Kaufkraft zur Verfügung stehen sollen, und die Übernahme solcher Aufgaben durch die profitorientierte Privatwirtschaft das Angebot solche Güter leistungsfähiger, kostengünstiger und bürgernäher machen werden, ist nur in seltenen Fällen eingelöst worden. Meistens werden die Verträge einer öffentlich-privaten Partnerschaft geheim gehalten, selbst die Abgeordneten können sich keine präzise und umfassende Einsicht in die langfristigen Folgewirkungen verschaffen. Was als Partnerschaft propagiert wird, endet oft damit, dass die öffentliche Hand von einem Schwarm an Beraterfirmen über den Tisch gezogen wird. Was Effizienzsteigerung genannt wird, besteht häufig darin, dass die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschlechtert werden, oder das Leistungsbündel, das allen Bürgerinnen und Bürgern zusteht, auf die kaufkräftigen Kunden eingeschränkt wird. Die angestrebte Haushaltssanierung entpuppt sich als Legende, sobald die privaten Unternehmen sich der Haftung für die langfristigen Folgekosten entziehen oder

diese Haftung gar nicht mehr übernehmen können, da sich längst vom Erdboden verschwunden, durch andere Firmen aufgekauft oder umgegründet wurden. Die angebliche Bürgernähe wird mit der Ausgrenzung und dem Ausschluss jener Personen oder Personengruppen erkaufte, die auf eine bezahlbare Grundversorgung an Wasser, Strom, Nahrung, Wohnung, Kleidung, Ausbildung und Gesundheit angewiesen sind.

4.4 Wirtschaftliche Belebung

Die wirtschaftliche Belebung, die in der Regel als konjunktureller Aufschwung gekennzeichnet und damit auf außenwirtschaftliche Einflüsse oder auf die verstärkten privaten bzw. öffentlichen Netto-Investitionen zurückgeführt wird, hat seltsamerweise das jahrelange Lamento der wirtschaftlichen Führungskräfte über die strukturellen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit, insbesondere die verkrustete Lohnstruktur, das inflexible Tarifkartell, den überzogenen Kündigungsschutz, die fehlende Anreizstruktur der Arbeitslosen und die zu komfortablen Sozialleistungen verstummen lassen. Auch die Klagen über die Standortchwäche der deutschen Wirtschaft auf Grund der zu hohen Löhne, Lohnnebenkosten und Steuern werden nicht mehr so vollmundig vorgetragen. Die robuste Konjunktur belegt die Auffassung, dass die Arbeitsmärkte abgeleitete Märkte sind und sich beleben, wenn vorher eine dynamische und anhaltende Bewegung auf den Gütermärkten einen Sog auf die Arbeitsmärkte ausübt. Zusätzliche Arbeitsplätze werden nicht dadurch gewonnen, dass am untersten Rand des Arbeitsmarktes Druck auf die Arbeitslosen ausgeübt wird. Ein makroökonomische Regime, das eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zulässt, das den staatlichen Investitionen in öffentliche Güter die Funktion zuweist, Impulse für private Folgeinvestitionen zu geben, das finanz- und steuerpolitische Signale setzt, um die Massenkaufkraft zu stabilisieren, und das eine außenwirtschaftliche Balance herstellt, indem es die strukturellen Exportüberschüsse abschmilzt, kann offensichtlich ein beschäftigungsfreundliches stetiges Wachstum gewährleisten.

4.5 Anti-Hartz Protest

Gegen die Hartz IV-Regelungen haben Betroffene zuerst in den neuen Bundesländern protestiert und in Magdeburg die Montagsdemonstrationen wieder aufleben lassen. Dass sich ein solcher Protest zuerst in Ostdeutschland bemerkbar machte, ist auf das verbreitete Bewusstsein zurückzuführen, nicht durch persönliches Versagen, sondern durch gesamtwirtschaftliche Schief lagen und politische Fehlreaktionen in die Situation von Arbeitslosigkeit und Armut geraten zu sein. Die Agenda-Parteien verteidigten ihre Entscheidungen als vernünftig und alternativlos. Sie müssten dem Volk nur besser vermittelt werden, erklärten sie. Die Protestierenden erwiderten, dass es sich nicht um ein Vermittlungsproblem handle, sondern um eine Dissonanz in der sozio-ökonomischen Wahrnehmung. Vom Osten Deutschlands sprangen die Proteste auf den Westen über. Es formten sich regionale und lokale Bündnisse zur Unterstützung der Arbeitslosen aus gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen. In der bewährten Allianz der Gewerkschaften mit der SPD zeigten sich Risse, aber auch innerhalb der Gewerkschaften. Der zivilgesellschaftlichen Protestbewegung der Arbeitsloseninitiativen gelang auffallend schnell, wie es vorher keiner sozialen Bewegung gelungen war, sich den Eintritt in das parlamentarische System zu verschaffen und die bisherige Parteienkonstellation aufzubrechen. Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestags-

wahl, das weder dem marktliberalen Programm einer schwarz-gelben Koalition noch der Fortsetzung der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder eine Chance bot, war entscheidend auf die politische Präsenz der Linkspartei zurückzuführen.

4.6 Gewerkschaftliche Selbstbehauptung

Nach über zehn Jahren der Lohnzurückhaltung oder extrem moderater Lohnsteigerungen ist die gesellschaftliche Öffentlichkeit davon überzeugt, dass Lohnerhöhungen fällig sind. Ein solche Beobachtung ist neu. Die Sachverständigen, wissenschaftlichen Forschungsinstitute, die Medien, Politiker einschließlich der Kanzlerin und selbst die Arbeitgeber sind davon überzeugt, dass die abhängig Beschäftigten im Recht sind, wenn sie jetzt den ihnen zustehenden Anteil an der wirtschaftlichen Wertschöpfung, die seit Jahren gestiegen ist, anmelden. Und dass sie ihn auch bekommen sollten. Die Tarifforderungen und auch die Streiks oder schon deren Androhung in der Bau- und Metallindustrie bzw. bei der Bahn trafen auf eine bisher ungewöhnliche positive Resonanz in der Bevölkerung. Und wie immer im Umfeld von Streikbewegungen melden die Gewerkschaften positive Salden in der Mitgliederentwicklung. Selbst die Streiks der Ärzte und der Lokführer, denen erstmalig eine Solidarität innerhalb der Gruppe gelungen ist, allerdings um den Preis der Entsolidarisierung mit anderen Berufsgruppen, finden Verständnis und Rückhalt in der Öffentlichkeit. Es sieht so aus, als würde einschliessweise der Wert flächendeckender Branchentarifverträge wieder anerkannt. Selbst Arbeitgeber scheinen die Solidarität abhängig Beschäftigter und gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Branche als auch für sich vorteilhaft entdeckt zu haben.

4.7 Ziviler Widerstand

Kirchliche Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen der Jugendhilfe, Krankenhäuser und Pflegedienste befinden sich in der Geiselhaft einer staatlichen Administration, die sich dem Konzept eines reduzierten Sozialstaats verschrieben hat und unter dem Vorwand der Vorsorge und Aktivierung Jugendliche unter Druck setzt, diszipliniert und zu grundrechtswidriger Zwangsarbeit drängt. Wenngleich die genannten Akteure zum Mitspielen bei der politisch angeordneten systemsprengenden Transformation der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik genötigt werden, bleiben sie für Entscheidungen, die innerhalb eines vorhandenen Handlungs- und Ermessensspielraums liegen, verantwortlich. Zum Glück nutzen die Akteure gemeinnütziger Einrichtungen, kommunaler Selbstverwaltungen und zivilgesellschaftlicher Initiativen diesen Spielraum des Ermessens immer mehr auch zum zivilen Widerstand gegen Sozial- und Arbeitsmarktgesetze einer politischen Klasse, deren Lebenswelt Lichtjahre von der Alltagswelt derer entfernt ist, die unter den Folgen der gesetzlichen Maßnahmen zu leiden haben. Sie solidarisieren sich mit benachteiligten und ausgegrenzten Jugendlichen und riskieren Konflikte mit dem ihnen übergeordneten oder über ein wirtschaftliches Druckpotential verfügenden Verwaltungen. Sie organisieren mit anderen Einrichtungen, Initiativen und Verbänden der Selbstverwaltung eine zivilgesellschaftliche Gegenmacht, die sich eher an den Grundnormen gleicher Gerechtigkeit als an der funktionalen Legalität von Dienstvorschriften orientiert. Dass Jugendliche in sinnvolle Ausbildungswege und sichere Arbeitsplätze vermittelt werden, die ihnen tragfähige Lebensperspektiven eröffnen, hat für sie nämlich Vorrang vor der Stabilität eines politischen Systems, das in erster Linie wirtschaftliche Interessen Wohlhabender und exklusiv Reicher zu bedienen scheint.

"Jugendliche ohne Arbeit sind wie Bäume ohne Blätter". Der Vergleich hinkt ebenso wie der, dass "ein Skinhead ohne Knast wie ein Baum ohne Ast" sei. Wasser fließt zwar nicht den Berg hinauf, aber wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse sind keine Naturgesetze, sondern von Menschen gemacht. Deshalb unterliegen sie einer sozialetischen Beurteilung. Sie sind nur dann moralisch zu vertreten, wenn sie vor den Ausgegrenzten und Ausgeschlossenen gerechtfertigt werden können. Jugendliche ohne Arbeit signalisieren, dass solche Verhältnisse, die eine strukturell verfestigte Jugendarbeitslosigkeit erzeugen, moralisch verwerflich sind. Und dass sie einen politischen Widerstand in verschiedenen Dimensionen und auf verschiedenen Ebenen verständlich machen und rechtfertigen.